



DER AUTOR



Prof. Dr. Thomas Straubhaar

Direktor des HWWI

Prof. Dr. Thomas Straubhaar ist Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik, an der Universität Hamburg. 1998 wurde er Direktor des Instituts für Integrationsforschung des Europa-Kolleg Hamburg. Seit 2005 ist er Direktor des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI).

Seine Forschungsschwerpunkte sind: Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Ordnungspolitik, Bildungs- und Bevölkerungsökonomie.

AUSLÄNDISCHE INVESTOREN

Her mit den Heuschrecken

Im Zeitalter der ordnungspolitischen Beliebbarkeit ist es politisch von links bis rechts opportun geworden, über den Schutz „strategisch wichtiger“ Firmen nachzudenken. Deutschland soll vor chinesischen, russischen oder anderen ausländischen Investoren geschützt werden, die „nationale Interessen verletzen“ oder gar die „öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährden“. Vor allem wachsen offenbar die Sorgen, wenn die interessierten Einkäufer staatsnahe Personen oder Staatsfonds aus nicht westlichen oder gar totalitären Ländern vertreten und die Ziele ihrer Begierde öffentliche Einrichtungen der Daseinsvorsorge sind, also Flug- und Seehäfen, Eisenbahn- und Telefonnetze oder Firmen der Energie- und Wasserversorgung. „Russland wird uns spüren lassen, was ein staatliches Unternehmen und was ein staatlich gelenkter Kapitalist im Auftrag des Kremls ist“, hat Hessens Ministerpräsident Koch die Ängste vieler Deutscher auf den Punkt gebracht. Rasch werden von unterschiedlichen Interessengruppen mit Verweis auf das böse Zerrbild der ökonomischen Schurkenstaaten diffuse strategische Überlegungen zur Abwehr ausländischer Investoren entwickelt. Wieso eigentlich? Wem dient eine solche Verteufelungspolitik?

Aus nüchterner ökonomischer Perspektive betrachtet kann es gerade in einem hoch entwickelten Land nie zu viel, sondern immer nur zu wenig Kapital geben.

Denn letztlich ist es das Kapital, das die Leistungsfähigkeit der Menschen und damit die Möglichkeit bestimmt, hohe Löhne zahlen zu können. Ein einfaches Beispiel

möge das veranschaulichen. Angenommen zwei völlig identische eineiige Zwillinge erhielten die Aufgabe, einen Graben auszuheben. Der eine soll ohne Kapital, mit nichts als seinen eigenen Händen graben. Der andere werde mit viel Kapital in Form eines Bulldozers ausgestattet. Wer wird wohl pro Arbeitsstunde weiter vorankommen und einen tieferen, breiteren und längeren Graben ausheben und so die Grundlage für eine höhere Belohnung schaffen, die letztlich die materielle Voraussetzung für einen hohen Lebensstandard auch der Arbeitskräfte liefert?

Hochlohnländer werden in den nächsten Jahren enorm viel Kapital benötigen, um die hiesige Arbeitsproduktivität und damit das Lohnniveau insgesamt weiter zu erhöhen. In Deutschland warten unzählige Projekte auf ihre Realisierung. Der Zugang zu genügend und vor allem zu billigem Kapital wird für den wirtschaftlichen Erfolg der deutschen Wirtschaft entscheidend sein. Die Finanzierung der notwendigen Infrastrukturprojekte, also der Ausbau von Schienen-, Straßen-, Energie- und Telekommunikationsnetzen sowie von Flug- oder Seehäfen wird enorme Investitionsmittel benötigen. Eine Studie der OECD schätzt, dass bis 2030 weltweit Jahr für Jahr 1000 Milliarden Dollar in Erhalt und Erweiterung der öffentlichen Infrastruktur zu investieren sein werden.

Angesichts der klammen deutschen Staatskassen sollte jeder Investor unabhängig von seiner Nationalität hochwillkommen sein, denn nur so wird der hiesige Lebensstandard hoch bleiben und weiter steigen.

Deshalb war und ist es ja auch so richtig, dass China seine so hohen Währungsreserven für den Kauf ausländischer Staatsanleihen eingesetzt hat und so mithilft, dass die riesigen Schuldenberge des Westens nur relativ geringe Zinslasten verursachen.

Wieso aber nur Staaten, wieso dürfen nicht auch private deutsche Firmen und chinesische Kapitalisten zusammenfinden? Auch der für die deutsche Wirtschaft so fundamental wichtige Mittelstand ist auf den reichlichen Zufluss billigen Kapitals dringend angewiesen. Investoren aus China, Russland und Indien sind für Familienbetriebe oder kleine, aber hochinnovative deutsche Firmen eine schnelle und günstige Möglichkeit, zu jenem Eigenkapital zu kommen, das unverzichtbare Voraussetzung ist, um bei den Banken kreditfähig zu werden.

Offene Märkte nicht nur für Güter, sondern eben auch für Kapital waren und bleiben eine unverzichtbare makroökonomische Bedingung für den gehobenen Wohlstand einer Bevölkerung.

Ein Blick in die Wirtschaftsgeschichte zeigt, dass es sich immer wieder gerächt hat, wenn Menschen aus welchen Gründen auch immer Kapital aus ihren Ländern fernhalten wollten. Als Frankreich mit einer Maschinensteuer das Kapital außer Landes trieb, freuten sich die Engländer. Die zügig vorangehende Industrialisierung Englands schuf die Grundlage dafür, dass das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in Großbritannien wesentlich rascher wuchs als in Frankreich. Um 1870 war der durchschnittliche britische Lebensstandard der höchste der Welt und das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen lag in Großbritannien etwa 70 Prozent über jenem in Frankreich. Kein Wunder also, wenn auch heute wiederum, ganz anders als auf dem Kontinent, chinesische Investoren und auch Staatsfonds aus „nicht westlichen“ Ländern in Großbritannien heftig umworben werden. Die Briten haben die historischen Erfahrungen gut verinnerlicht. Aber eigentlich

gibt es auch in Deutschland genügend Anschauungsunterricht: Hat es Daimler, der Deutschen Bank, ThyssenKrupp oder anderen Großunternehmen geschadet, dass sich seit Jahren Eigentümer aus den Öl exportierenden Ländern beteiligt haben?

Forderungen nach einem Schutzwall gegenüber ausländischem Kapital sind und bleiben Schüsse ins eigene Knie. Defensive Abwehrkonzepte, eine staatliche Genehmigungspflicht oder gar Investitionsverbote sind die falsche Antwort auf die Einkaufsoffensive ausländischer Staatsunternehmen.

Es ist nicht möglich, zwischen „gutem“ und „schlechtem“ Kapital zu unterscheiden, weil Geld eben nicht anzusehen ist, ob seine Besitzer „lieb“ oder „böse“ sind – das wussten bekanntlich schon die alten Römer. Wer wählt den Schiedsrichter aus, der entscheiden soll, wer als Investor genehm und wer unangenehm ist? Wie unabhängig und fehlerfrei trifft der Schiedsrichter seine Entscheidungen? Woher hat er die Allmacht zu wissen, welche Unternehmen oder gar welche Branchen oder Güter für das Wohl des Landes strategisch so wichtig sind, dass sie keinesfalls in die Hände ausländischer Eigentümer fallen dürfen? Wer definiert, wer Schurkenstaat ist und wer nicht? Wer prüft nach welchen Kriterien, ob die Investoren staatlich gelenkt sind, ob sie kurzfristige Gewinnziele oder langfristige Strategien verfolgen und ob sie „konstruktiv“ oder „destruktiv“ wirken?

Investitionshemmnisse für ausländische Anleger öffnen dem Protektionismus Tür und Tor. Der Schaden für Wettbewerb und Wohlstand wiegt schwer. Kapital wird dadurch knapper und teurer, die Arbeitsproduktivität steigt langsamer, die Innovationskraft wird schwächer – gerade im Schatten von Schutzzäunen.

Auch hier spricht die empirische Relevanz Bände. Die von den internationalen Kapitalmärkten abgeschotteten Betriebe der sozialistischen Länder verschwendeten Kapital, weil der disziplinierende Druck der so

rasch verunglimpften „Heuschrecken“ auf die Betriebsführung fehlte, stetig die Renditen des eingesetzten Kapitals zu maximieren. Schranken gegenüber einem freien Kapitalverkehr schützen die Manager und schwächen die Aktionäre, das kann niemand wirklich wollen, gerade auch jene nicht, denen die starke Stellung der Vorstände ohnehin ein Dorn im Auge ist.

Ja, es ist richtig, dass man den chinesischen oder russischen Regierungen nicht blindlings vertrauen sollte. Eigene Machtinteressen stehen in jeder autoritären Regierung bei nahezu allen Entscheidungen vor ökonomisch vernünftigen Lösungen. Das zeigt in diesen Tagen der von Russland angezettelte Kalte Luftkrieg um das Recht der Lufthansa, russischen Luftraum überfliegen zu dürfen. Kurzfristiger Interessen wegen einzuknicken und sich erpressen zu lassen ist langfristig die schlechteste Verhaltensweise. Denn eine Erpressung führt zur nächsten, und Erfolg macht Erpresser immer dreister – auch das ist eine Lehre der Wirtschaftsgeschichte. Die entscheidende Frage lautet jedoch, mit welcher Gegenmaßnahme einer solchen Machtpolitik am effektivsten begegnet werden kann. Investitionshemmnisse gehören sicher genauso wenig dazu wie ein Wirtschaftsboykott. Denn Russland und China sind längst für deutsche Firmen zu entscheidenden Partnern geworden. Das gilt nicht nur für den Warenhandel. Es gilt auch für Kapitalbeteiligungen deutscher Unternehmen.

Die Angst der Europäer vor der „gelben Gefahr“ ist uralte. Noch bis vor 200 Jahren war China das Reich der Mitte und Europa sein Trabant. China war Europa technologisch um Jahrhunderte voraus. Dann lief etwas schief. China versäumte es, sein Potenzial zu erneuern. Warum? Unter anderem, weil die Chinesen an der Schwelle zur Neuzeit glaubten, in Autarkie und ohne Impulse und Investoren von außen alleine voranzukommen – ein historischer Fehler, den Europa und Deutschland wirklich nicht wiederholen sollten. Viel später waren die Europäer in Sorge, dass Japan die ökonomische Führerschaft an sich reißen könnte.

Ähnlich wie heute war von Ideenklau, ungewolltem Technologietransfer, strategischer Handelspolitik und drohenden Wirtschaftskriegen die Rede. Und was geschah? Je erfolgreicher japanische Firmen auf den Weltmärkten mit immer innovativeren Eigenleistungen wurden, umso größer wurde auch das japanische Interesse an Fair Play statt Power Play. Das wird für China und Russland nicht anders sein. China ist seit Jahren WTO-Mitglied, Russland will es werden. Je mehr sowohl die chinesische wie auch die russische Wirtschaft in die globale Arbeitsteilung integriert werden, desto stärker werden auch sie an einer erfolgreichen Weiterentwicklung des Welthandelssystems interessiert sein.

Deshalb – und das sind die Lehren aus der Wirtschaftsgeschichte – ist die kluge Antwort auf eine plumpe machtpolitische Provokation nicht das Errichten von Schutzzäunen, sondern, so gegensätzlich das auf den ersten Blick scheinen mag, eine gelassene, selbstbewusste Öffnung der eigenen Märkte und ein Vertrauen auf die immense Innovationsfähigkeit und ungebrochene Technologieführerschaft der hiesigen Wirtschaft.

Diese Märkte gilt es durch ein strenges Kartell- und Wettbewerbsrecht vor mächtigen Monopolisten aus aller Welt zu schützen. Das bestehende europäische und auch US-amerikanische Wettbewerbsrecht liefert

hierfür bereits kräftige Instrumente. Internationale oder gar multinationale Abkommen tun ein Übriges. Wo es dennoch zu marktmächtigem Verhalten kommt, muss nachgebessert werden, gegebenenfalls mit internationalem Wettbewerbsrecht und einer weltweit autorisierten Kartellbehörde. Weder Investoren noch deren Investitionsobjekte sollten Ziel staatlicher Politik und gesetzlicher Regulierungen sein, sondern das Verhalten der Firmen, unabhängig von der Nationalität ihrer Besitzer. Das ist kluge Wirtschaftspolitik.

Dieser Beitrag ist am 6. November 2007 in »Die Welt« erschienen